

che 17/5620 mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **in zweiter Lesung abgelehnt** worden.

Ich rufe auf:

3 Transparenz in der kommunalen Demokratie stärken – Beratungen von Räten und Kreistagen digital veröffentlichen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7743

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus gutem Grund sind die Debatten unserer Parlamente weitestgehend öffentlich. Nur wenn das Volk die Gelegenheit hat, seinen Vertretern auf die Finger zu schauen, kann eine Demokratie wirklich funktionieren.

Das vergangene Jahrhundert und das Aufkommen elektronischer Medien hat diese Kontrollfunktion nochmals auf eine neue Ebene gehoben. 1953 wurde erstmals eine Sitzung des Deutschen Bundestages im Fernsehen übertragen. Seither ist der direkte Blick in die Parlamente nicht mehr wegzudenken. Waren es früher noch einige ausgewählte Sitzungen, die übertragen wurden, so ist es seit dem Start des Senders „Phoenix“ 1997 und dem Aufkommen von Videoübertragungen im Internet den Bürgern unseres Landes möglich, sich ein nahezu lückenloses Bild von der Arbeit ihrer Volksvertreter zu machen.

Das gilt aber leider nur auf Bundes- und Landesebene. Die kommunalen Parlamente, also genau da, wo häufig die Entscheidungen getroffen werden, die die Bürger besonders bewegen, tagen nach wie vor weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Von 53 Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen haben nur acht einen Livestream oder ein vergleichbares Angebot. Wer also berufstätig ist und keine Gelegenheit hat, Stunden seiner Arbeitszeit auf einer Besuchertribüne zu verbringen, hat kaum eine Möglichkeit, seinen Vertretern bei der Arbeit zuzuschauen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, das sei genau so gewollt. Das Leben ist doch viel einfacher, wenn man unter sich ist.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Mit einer kritischen Presse müssen die Lokalpolitiker in vielen Kommunen auch nicht mehr rechnen. Häufig gibt es nur noch eine Lokalzeitung, und nicht selten ist man dort eng mit dem Establishment verbandelt. Und so vertrocknet das, was für eine lebendige Demokratie unerlässlich ist: Streit, Wettbewerb und öffentlicher Diskurs.

Wenn man dann aber versucht, etwas Licht in das Dunkel der Rathäuser zu bringen, verspürt man schnell den heiligen Zorn derjenigen, die am liebsten weiter im Geheimen vor sich hinwursteln würden. So ist es mir zum Beispiel selbst gegangen, als ich Videomitschnitte meiner eigenen Reden im Kölner Rat veröffentlicht habe. Wenige Wochen später bekam ich eine Abmahnung von Frau Reker, dieser Persiflage auf eine Oberbürgermeisterin.

(Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Sie ist auch aus irgendwelchen Gründen der Auffassung, sie habe das Urheberrecht an meinen Reden und hat sogar einen Anwalt auf Steuerzahlerkosten gefunden, der diese gewagte Rechtsauffassung vertritt. Die Wahrheit ist natürlich eine ganz andere. Wie vielerorts bleibt man auch im Kölner Rat gerne unter sich, besonders dann, wenn man wie ein Rudel Wilde missliebige Wettbewerber niederbrüllt. So etwas sieht man dann natürlich ungerne im Internet.

Dieser Zustand ist aber nicht nur unserer Demokratie unwürdig, er ist auch ein schlechter Witz in einem Bundesland, das sich ständig als Vorreiter der Digitalisierung feiert.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wir möchten mit unserem Vorstoß die kommunale Demokratie im Lande beleben und fit für das digitale Zeitalter machen.

(Beifall von der AfD)

Schon heute gibt es Vorreiterkommunen, die ihre Rats- bzw. Kreistagssitzungen im Netz übertragen. Das geht mit verhältnismäßig geringem Aufwand und würde niemanden über Gebühr belasten.

Vonseiten des Landes möchten wir ein einheitliches Portal bereitstellen, das allen Kommunen als Plattform für diese Livestreams und ihre Mediatheken bereitsteht, und das ohne selbst kommerzielle Interessen zu verfolgen. Dort sollen zukünftig auch der Landtag und andere öffentliche Stellen die Möglichkeit haben, ihre Videos zu veröffentlichen.

Meine Damen und Herren, Sie haben wieder mal die Chance, Ihren warmen Worten auch Taten folgen zu lassen. Machen Sie NRW zum Musterland der Demokratie und zum Vorreiter der Digitalisierung und folgen Sie unserem Antrag! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Tritschler, aufgrund der Formulierung, die Sie im Zusammenhang mit der Oberbürgermeisterin in Köln gewählt haben, spreche ich Ihnen eine nichtförmliche Rüge aus.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Sieveke jetzt das Wort.

Daniel Sieveke¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Herr Tritschler, Sie spiegeln doch hier ein Zerrbild der Wirklichkeit der Kommunalparlamente wider. Das ist doch Quatsch, absoluter Quatsch.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ganz ehrlich. – Aber dieses vor uns liegende Thema ist in den letzten Jahren in nahezu jedem Kommunalparlament schon besprochen worden, sei es in öffentlicher Debatte, auf Antrag einer Fraktion oder in Gesprächen zwischen Fraktionen, engagierten Kommunalpolitikern des gesamten Parteispektrums. Mir jedenfalls ist die Diskussion aus meiner Zeit im Rat der Stadt Paderborn noch gut in Erinnerung.

Dass wir hier im Hohen Haus parteiübergreifend die Bedeutung der Digitalisierung, der sozialen Medien und insbesondere des bewegten Bildes kennen und im Blick auf die Förderung von politischen Interessen und politischer Beteiligung gerade junger Menschen sehr schätzen, ist mit Sicherheit unumstritten.

Daher finde ich es auch sehr schade und überhaupt nicht angebracht seitens der antragstellenden AfD-Fraktion, dass Sie bei diesem Thema von einem unwürdigen Zustand unseres Bundeslandes sprechen. Was mich aber wirklich ärgert, ist Ihre negative Wertzuschreibung hinsichtlich der Tribünenplätze in unseren Rat- und Kreishäusern in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich glaube eben nicht, dass sich Bürgerinnen und Bürger dorthin unzeitgemäß verwiesen fühlen. Das ist einfach Quatsch.

(Widerspruch von der AfD)

Sie sprechen überhaupt nicht mit den Menschen. Sie sprechen mit Ihren Leuten. Sie sprechen überhaupt nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern, die das anders sehen. Sie wollen nämlich die Menschen ...

(Widerspruch von der AfD)

– Sie haben eben gesagt, es gibt Leute, die müssen arbeiten und können nicht zu einer Ratssitzung. Wie sollen die sich dann ein Video anschauen oder den

Livestream verfolgen, die müssen doch arbeiten? Ich verstehe unter Arbeiten arbeiten und nicht die ganze Zeit fernsehen.

(Zuruf von der AfD: Mediathek!)

– Mediathek? – Wissen Sie, das Entscheidende ist: Sie verstehen Kommunalparlamente gar nicht.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie verstehen gar nicht, dass ein Kommunalparlament ein Ehrenamt ist. Viele Tausende von Rats- und Kreistagsvertreterinnen und -vertretern machen sich tagtäglich auf für die, die auch arbeiten und die ein Recht an ihrem eigenen Bild und an ihrer eigenen Rede haben. Sie wissen sehr wohl, dass sie auf ihr Recht vertrauen können, dem zu widersprechen.

Worin ich Ihnen recht gebe, ist, dass zumindest in größeren Kommunen und Landkreisen die Frage der Bezahlbarkeit weitgehender digitaler Dokumentation kommunaler Gremienarbeit überschaubar sein kann. Gute Technik hat ihren Preis. Aber wir sprechen tatsächlich nicht von unübersehbaren oder nicht beherrschbaren Kosten. Das ist aber auch nicht der entscheidende Punkt.

Sie wissen, dass die Einvernehmlichkeit der Rats- und Kreistagsmitglieder bei diesem Thema entscheidend ist. Bei aller Sympathie für digitale Ansätze auch auf der kommunalen Ebene und damit auch für das Livestreaming oder das Online-Bereitstellen archivierter Beiträge: Die Entscheidung gehört in die Rathäuser und Kreishäuser und nicht hier in dieses Parlament.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, dass wir die kommunale Demokratie im Vergleich zu Ihnen vor allem dadurch stärken, dass wir der kommunalen Selbstverwaltung vertrauen. Kommunale Selbstverwaltung scheint aber für Sie ein Fremdwort zu sein, wenn ich nur Ihren Forderungskatalog sehe. Darin ist von kommunaler Selbstverwaltung nichts zu erkennen.

Es geht Ihnen aber auch nicht um die Stärkung der kommunalen Demokratie, sondern nur um Ihre PR-Arbeit. Herr Loose, Herr Tritschler, ich beobachte Sie schon etwas länger, wenn Sie Ihre Reden halten. Es geht mir gar nicht um den Inhalt; dazu haben wir unsere feste Meinung. Sie sprechen gar nicht zu den Abgeordneten.

(Zurufe von Sven Werner Tritschler [AfD] und Christian Loose [AfD])

Sie sprechen jedes Mal ins Off oder in die Medienkamera. Aber die Debatte gehört hier in dieses Haus. Es geht darum, dass wir mit den Kolleginnen und Kollegen Argumente austauschen und miteinander streiten. So ist es auch in einem Kommunalparlament.

Sie kennen die Kommunalparlamente überhaupt nicht. Da gibt es nicht nur Säle mit festen Redepulten, sondern es gibt Kommunalparlamente, bei denen der Rat im Kreis – Sigrid Beer weiß es auch, das ist in Paderborn der Fall – zusammensitzt, Argumente austauscht und übrigens zu mehr als 90 % zu einvernehmlichen Entscheidungen kommt. – Sie wollen demgegenüber die Inszenierung haben.

Ich gebe für die weiteren Beratungen – der Antrag wird in den Ausschuss überwiesen werden, dem stimmen wir auch zu – gern einige persönliche Einschätzungen anhand der in Ihrem Antrag unterbreiteten Feststellungen und Beschlussvorschläge mit auf den Weg.

Zu II.1: Die kommunale Demokratie kann durch digitale Lösungen gestärkt werden, sie hängt aber ganz bestimmt nicht davon ab.

Zu II.2 bzw. III.4: Die Glaubwürdigkeit von kommunalen Mandatsträgern in der Bevölkerung ist in der Regel derart hoch, dass wir keinen Videobeweis benötigen. Ich brauche keinen Videobeweis dafür, dass kommunale Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter arbeiten. Wenn Sie das meinen, dann haben Sie wiederum nicht verstanden, wie kommunale Zusammenarbeit funktioniert.

Zu III.1: Sie widersprechen sich selbst, wenn Sie auf der einen Seite sagen, die Kosten seien überschaubar, aber auf der anderen Seite fordern, das Land solle die Kosten übernehmen. Darin sehe ich einen Widerspruch.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Daniel Sieveke^{*)} (CDU): Ich komme zum Schluss.

Zu III.2 und III.3: Solche Verpflichtungen, die Sie dort fordern, widersprechen, wie schon gesagt, dem Ansatz von kommunaler Selbstverwaltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Überweisung in den Ausschuss stimmen wir zu. Chancen auf inhaltliche Zustimmung sehen wir überhaupt nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Stock.

Ellen Stock (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ehrenamtliche unter dauerhafter Beobachtung in einem Internet, das nicht vergisst – ist dies eine zu hohe Belastung für das Ehrenamt oder mittlerweile ein Erfordernis, das dem Gebot der Transparenz geschuldet ist?

Der hier vorliegende Antrag sieht vor, Beratungen von Räten und Kreistagen digital zu veröffentlichen, also alle öffentlichen Sitzungen live im Internet zu streamen und diesen Stream ein Jahr lang abrufbar zur Verfügung zu stellen. Hier stoßen wir auf mehrere Problematiken.

In den Räten der Städte und Gemeinden sitzen ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker. Die meisten von ihnen sind keine Medienprofis. Die Angst, etwas Falsches zu sagen, sich mit einem Versprecher zu blamieren oder auf irgendeine Art und Weise bloßgestellt zu werden, hat mit hoher Wahrscheinlichkeit einen negativen Einfluss auf die Diskussionskultur in unseren Räten und Kreistagen.

(Beifall von Sven Wolf [SPD])

Es muss aber ganz deutlich zwischen hauptamtlichen Abgeordneten und ehrenamtlichen Kommunalpolitikern unterschieden werden. Noch einmal ganz deutlich: Ehrenamtliche sind keine Medienprofis. Hier geht es also nicht nur um die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen. Sicherheit und Persönlichkeitsrechte müssen für die Ehrenamtlichen auch im Internet gewahrt werden.

Schon jetzt äußern ehrenamtliche Kommunalpolitiker ihren Unmut über die gestiegenen Belastungen durch das Ehrenamt. Die fachlichen Herausforderungen steigen, die Kommunikationserwartungen der Bürgerschaft ebenso. Gleichzeitig sinkt der Respekt vor der von den Ehrenamtlichen geopfertem Freizeit, und die Kritik an den getroffenen Entscheidungen wird teilweise mit harten Bandagen vorgetragen. Auch sogenannte Shitstorms nehmen zu.

Ehrenamtliche Kommunalpolitiker zu zwingen, sich und ihre Aussagen einer weltweiten Öffentlichkeit auszusetzen, birgt die Gefahr, dass die Bereitschaft sinkt, sich für ein Ehrenamt zur Verfügung zu stellen. Menschen in kommunalen Gremien sind nicht alle rhetorisch geschult. Sie dem potenziellen Spott der Internetöffentlichkeit per Gesetz auszusetzen, halten wir für falsch.

(Beifall von der SPD)

Mehrere Städte in Nordrhein-Westfalen übertragen ihre Ratssitzungen bereits im Internet. Dies bedeutet, dass die Kommunen eine Übertragung zulassen und somit möglich machen. Hier machen die Kommunen von ihrem hohen Gut der kommunalen Selbstverwaltung Gebrauch. Für die SPD gibt es keinen Grund, warum man den Kommunen mit einem Landesgesetz einen Streaming-Zwang auferlegen sollte.

Hier geht es nicht nur um die Frage der kommunalen Selbstverwaltung, sondern auch um eine konnexitätsrelevante Regelung. Das Land müsste für die Installation und die Wartung der Technik finanziell aufkommen. Die Beschneidung der kommunalen Selbstverwaltung und der enorme Kostenaufwand

für das Land bestärken uns in der Ablehnung dieses Vorhabens.

Sitzungen von Räten und Kreistagen sind grundsätzlich öffentlich. Jeder, der an der Debatte ein Interesse hat, kann dieser beiwohnen. Auch Protokolle über die abgehaltenen Sitzungen sind wahrscheinlich öffentlich einsehbar. Hier lässt sich wahrlich nicht von einer Intransparenz sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD steht dafür, dass Politik verständlich, nachvollziehbar und transparent sein muss.

Wir sind der Meinung, dass wir mit der derzeitigen Regelung, dass jede Kommune selbst darüber entscheiden kann, ob sie ihre Sitzungen live im Internet zeigen möchte, alle Möglichkeiten der Transparenz und öffentlichen Teilhabe selbstständig und ohne Bevormundung von oben sicherstellen. Öffentliche Rats- und Kreistagssitzungen sind keine nebulösen Hinterzimmerveranstaltungen. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat stets die Möglichkeit, am politischen Geschehen seiner Kommune live und in Person teilzunehmen.

Wenn darüber hinaus eine Transparenz in Form eines Internetstreams gewünscht wird, dann muss das im Einvernehmen der Beteiligten in den jeweiligen Kommunen erfolgen und nicht über eine verpflichtende Regelung aus Düsseldorf. Für die SPD besteht hier kein Regelungsbedarf. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Matthias Kerkhoff [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Stock. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Haupt.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Digitalisierung und insbesondere das Thema Transparenz von politischen Entscheidungen liegen uns als FDP bekanntermaßen sehr am Herzen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Darum freut es uns auch grundsätzlich, dass bei anderen die Bedeutung dieses Themas anzukommen scheint.

Auch wenn wir uns als FDP an vielen Stellen eine Digitalisierung und die entsprechende Transparenz wünschen, so ist die Welt manchmal nicht ganz so einfach, und es gibt einige Hürden zu nehmen.

So ist der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung ein hohes Gut unserer Verfassungsordnung. Art. 28 Abs. 2 besagt, dass unsere Kommunen das Recht haben, ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln. Dieser Grundsatz umfasst

auch und gerade das Hausrecht und die Sitzungsleitung von Kommunalparlamenten.

Dass die AfD nun möchte, dass das Land per Gesetz von oben herab verordnet, ob und wie Kommunen und Verbände Livestreams ihrer Sitzungen bereitstellen und diese den Mandatsträgern zur Verfügung stellen, halten wir vor diesem Hintergrund für den komplett falschen Weg.

(Beifall von der FDP, der CDU und Sven Wolf [SPD])

Den kommunalen Mandatsträgern, bei denen es sich ja eben nicht um Berufspolitiker handelt, sondern um ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, eine Aufzeichnung aufzuzwingen, ist nicht der richtige Weg angesichts der immer öfter eskalierenden Diskussionen in den sozialen Medien und den teils damit einhergehenden Bedrohungen von Kommunalpolitikern. Wir müssen beachten, dass durch eine solche Regelung noch mehr Menschen von einer kommunalpolitischen Tätigkeit Abstand nehmen könnten. Hier würde eben nur freiwilliges Einverständnis Akzeptanz schaffen.

Sogar bei den Kandidaten der AfD zur Landtagswahl wurde diese Auffassung offenbar geteilt. So hat sich am Kandidaten-Check des WDR zur Landtagswahl, wo von jedem Kandidaten – die Kollegen hier wissen das; sie haben alle daran teilgenommen – ein dreiminütiges Video erstellt wurde, damit die Bürgerinnen und Bürger des Landes sich bereits vor der Stimmabgabe ein Bild der Person machen konnten, kein einziger Abgeordneter der heutigen AfD-Landtagsfraktion beteiligt.

(Frank Müller [SPD]: Hört, hört! – Zuruf von Sven Wolf [SPD] – Weitere Zurufe)

Aber das wäre doch genau die Transparenz gewesen,

(Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke)

welche Sie in Ihrem Antrag einfordern, meine Damen und Herren der AfD-Fraktion!

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Entweder ist Ihnen von der AfD-Fraktion die Transparenz doch nicht so wichtig, wie Sie schreiben – Klammer auf, was ich persönlich auch glaube, Klammer zu –, oder aber, Sie befürchten, dass, wenn Sie sich selbst den Inhalt nicht zurechtschneiden können, die von Ihnen gewünschte manipulative Wirkung nicht erreicht wird – Klammer auf, was ich auch glaube, Klammer zu.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ihnen geht es eben nicht um die Liveübertragung einer Debatte und der dort im Zusammenhang gesendeten Rede, Ihnen geht es vielmehr um den aus dem

Zusammenhang geschnittenen Wortbeitrag. So fordern Sie auch unverblümt in Ihrem Antrag unter Punkt 4:

„... so soll jeder Mandatsträger uneingeschränkt berechtigt sein, diesen Mitschnitt für eigene Zwecke zu verwenden.“

(Sven Wolf [SPD]: Ganz genau! – Zuruf Sven Werner Tritschler [AfD])

Was Sie damit meinen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, hat man spätestens bei Ihrem Video mit den Bergleuten gesehen. Es werden manipulativ eigene Wortbeiträge aus dem Zusammenhang gerissen,

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

und dieses wird dann noch mit materialistischer Musik unterlegt.

(Zuruf von Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Für diese Politik stehen wir nicht zur Verfügung.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Wir wollen stattdessen einen fairen, transparenten und verantwortungsvollen Umgang mit diesem Medium.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Dann, Herr Kollege Seifen, würden Sie dafür auch eine Mehrheit in den Räten bekommen und hätten Ihre Liveübertragung.

(Helmut Seifen [AfD]: Warten Sie mal ab!)

Wir diskutieren den Antrag mit Ihnen natürlich gern weiterhin im Ausschuss. – Danke schön.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Herr Kollege Haupt, Sie haben wahrscheinlich nicht bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde. Die können Sie gleich gerne von Ihrem Platz aus beantworten; gar kein Problem. – Die Kurzintervention ist von Herrn Kollegen Tritschler von der AfD-Fraktion angemeldet. Ich schalte jetzt Ihr Mikro frei.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Haupt, Sie haben uns gerade vorgeworfen, wir würden in unserem Antrag fordern, dass Ratspolitiker ihre eigenen Reden veröffentlichen dürfen. Ich habe den Vorwurf nicht verstanden. Vielleicht können Sie mir das noch mal erklären.

Ich mache es jetzt per Kurzintervention. Denn wenn ich gleich zu Ihnen käme und Ihnen anbieten würde,

das vor der Tür zu klären, dann würden Sie das möglicherweise falsch verstehen, und es steht morgen wieder in der Zeitung. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Haupt, wenn Sie jetzt so nett sind, sich einmal einzudrücken, schalte ich Ihr Mikro frei. – Das Mikro ist frei.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrter Herr Tritschler!

(Henning Höne [FDP]: Dieselbe Frage noch mal! Sie sind ja herausgerannt bei der Sitzung!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das Wort hat jetzt Herr Kollege Haupt zur Erwiderung. Machen Sie sich keine Sorgen; die Zeit halten wir an, respektive wir starten sie neu. Alle anderen Fragen bitte ich an der geeigneten Stelle zu klären. – Herr Kollege Haupt.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrter Herr Tritschler, Ihr Antrag ist, glaube ich, relativ eindeutig. Sie wollen nicht Ihre Rede in Gänze senden, sondern Sie wollen die Berechtigung haben, rauszuschneiden und für eigene Zwecke zu verwenden. Wer sich Ihre Videos mal im Internet anschaut,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das sind zehntausend!)

der weiß ganz genau, was Sie damit meinen. Wenn Sie Transparenz wollten – was Sie nicht wollen –, dann würden Sie diese Art der Berichterstattung, die Sie von der AfD manipulativ betreiben, sofort einstellen.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke. Wir fahren jetzt fort in der ganz normalen Redeliste. Danach hat Herr Kollege Mostofizadeh für Bündnis 90/Die Grünen jetzt das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Respekt, Herr Kollege Haupt, so viel Mühe hatte ich mir gar nicht gemacht. Dass Sie aber das mit dem Videobeweis so treffend herausgefunden habe, finde ich sehr gut. Ich schließe mich in allen Ausführungen dem Vorredner, auch in Teilen den Ausführungen von Herrn Sieveke und Frau Stock, an. Ich finde, Herr Haupt hat es wirklich auf den Punkt gebracht.

Ich hätte das Beispiel des Aufmarsches der sogenannten Bergleute hier auch angeführt.

(Lebhafte Zurufe von der AfD: Aufmarsch!?)

Herr Wagner, wissen Sie, was Sie in der damaligen Sitzung gemacht haben? – Sie haben eine Kurzintervention gemacht, bei der Sie von Ihrem Platz in der ersten Reihe extra in die dritte Reihe gegangen sind, damit die Einstellung von der Tribüne so ist, damit Sie besser im Bild sind. Sie haben nicht zu mir geredet, sondern Sie haben dort in die Kamera hineingesprochen.

(Markus Wagner [AfD]: Dass Sie Arbeiterfeinde sind, das wissen wir!)

Das ist Inszenierung, das hat mit Transparenz gar nichts zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP – Markus Wagner [AfD]: Sie wenden ihnen den Rücken zu!)

Jetzt kurz zu den Punkten, die in dem Antrag stehen. – Würden Sie sich bitte zügeln?

(Markus Wagner [AfD]: Ich zügele mich schon! – Zurufe von der AfD: Sie sprechen von einem Aufmarsch, Herr Mostofizadeh! Das ist ja schon ...!)

Die rechtlich wichtigen Punkte können verfassungsrechtlich aus Art. 2 Abs. 1 abgeleitet werden. Das hatte der Datenschutzbeauftragte übrigens anlässlich eines Antrages der Piraten vom 9. April 2014 bereits ausgeführt. Wenn man sich ein bisschen kundig gemacht hätte, hätte man also schon nachlesen können – aber vielleicht geht es ja auch gar nicht um die Sache –, dass das Persönlichkeitsrecht des betroffenen Mitglieds des Rates verletzt sein könnte, wenn eine entsprechende persönliche Einwilligung nicht vorliegt.

Insofern ist aus unserer Sicht, und da schließen wir uns dem Datenschutzbeauftragten auch an, eine Übertragung ohne die Zustimmung des jeweiligen Ratsmitglieds nicht zulässig.

Alle anderen Gründe sind breit aufgefächert hier dargelegt worden, wo der Unterschied zwischen Ratsmitgliedern oder Ausschussmitgliedern in den Kommunalvertretungen und den Landtagsabgeordneten oder auch Bundestagsabgeordneten liegt. Natürlich haben wir aufgrund unseres Amtes, unserer Funktion eine andere Beobachtungsintensität hinzunehmen. Das ist gar keine Frage, aber bei Ratsmitgliedern sieht das ein Stück anders aus.

Noch eine Bemerkung, die ich mir am Ende dieser ganzen Auseinandersetzung nicht verkneifen kann, Frau Präsidentin.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

– Was ich rede, entscheide immer noch ich und nicht die AfD, um das einmal sehr klar zu sagen!

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Zurufe von der AfD)

Wie widerwärtig muss man sein, wenn man eine Frau, die im Wahlkampf persönlich von einem Rechtsradikalen angegriffen und schwer verletzt wurde, als Persiflage einer Oberbürgermeisterin bezeichnet? Wie widerwärtig muss man eigentlich sein, liebe Herren von der AfD?

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Mostofizadeh, ich gehe davon aus, dass auch Sie nicht gesehen haben, ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Doch, ich habe es gesehen, ich antworte vom Platz!)

– Gut. Die Kurzintervention wurde von Herrn Wagner von der AfD angemeldet. Ich schalte jetzt Ihr Mikrofon frei.

Markus Wagner (AfD): Ganz gezügelt, Herr Kollege.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein, brauchen Sie nicht!)

Das OVG Saarland hat am 25.03.2011 festgestellt, Kommunalpolitiker seien zudem als Träger gesellschaftlicher Verantwortung wie andere Politiker auf Bundes- und Landesebene auf eine medienvermittelnde Realität angewiesen und suchten die auch ständig.

Dementsprechend ist unser Antrag zu verstehen. Wenn wir alle immer davon reden, wir müssen das kommunale Mandat attraktiver machen, wir müssen es näher an die Bevölkerung bringen, und wir dann tatsächlich die Digitalisierung mal in diesem Zusammenhang zum Einsatz bringen wollen, von der hier im Hohen Haus so viel gesprochen, wozu aber wenig unternommen wird, dann steuern Sie gleich dagegen, natürlich weil der Antrag aus der Fraktion der AfD kommt. Das ist ja der einzige Grund hier im Haus, das wissen wir mittlerweile. Inhaltliches Stellen geschieht hier ja nicht.

Daher denke ich schon, dass die Übertragung von Ratssitzungen, beispielsweise in Köln, wo man dann die pöbelnden Parteien von Grünen, SPD, CDU und FDP sieht, wenn ein AfD-Vertreter dort spricht, durchaus im Interesse der Bürger ist, denn Räte, Kreistage etc. arbeiten nach wie vor im Auftrag des Bürgers und nicht als Selbstverwirklichungsprojekt. Dementsprechend hat der Bürger einen Anspruch darauf, allumfassend über Ratssitzungen und Kreistagsitzungen informiert zu sein.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke für die Kurzintervention. – Herr Kollege Mostofizadeh hat jetzt Gelegenheit zur Antwort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE: Frau Präsidentin, vielen Dank. – In aller Sachlichkeit: Erstens ist es unzutreffend, was Herr Wagner sagt. Fakt ist, dass das Kommunalverfassungsrecht selbstverständlich Übertragungen aus den Räten zulässt mit Zustimmung der jeweiligen Ratsmitglieder. Herr Kollege Sieveke hat das alles ausgeführt, und auch der Kollege Haupt hat darauf hingewiesen. Dazu sind Regelungen in den Hauptsatzungen der jeweiligen Gemeinden erforderlich. Die sind kommunal zu treffen. Das halten wir auch für richtig.

Auch ich bin der Auffassung, dass es sehr gut sein kann, aus Ratssitzungen zu übertragen, Livestreams aus Ausschusssitzungen zuzulassen. Ich habe dem in meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter regelmäßig zugestimmt. Allerdings halte ich es für falsch – auch das haben wir hier sachlich ausgetauscht –, das von Landesseite zu verordnen und es den kommunalen Vertretungen aufzuzwingen. Das ist eben der Unterschied. Wir nehmen an der Debatte teil, wir nehmen Argumente wahr. Sie machen hier eine Inszenierung, Sie haben überhaupt kein Interesse am Ausgang einer sachlichen Auseinandersetzung.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh, für die Erwiderung. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Als Sie eine nichtförmliche Rüge für Ihre Aussage zur Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker kassiert haben, sind Sie zum Platz zurückgekommen, haben sich umgedreht und gesagt: Das sei fast wie ein Orden für Sie.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: In dem Fall!)

Ich sage Ihnen jetzt ganz offen etwas, und ich muss mich mäßigen, damit ich nicht selbst gleich eine Rüge hier kassiere: Sie sind eine Schande für dieses Parlament!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Die Oberbürgermeisterin von Köln verteidigt jeden Tag, wie zigtausend Menschen in diesem Land auch,

die demokratischen Grundrechte und das Grundgesetz dieser Republik.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Nur nicht in ihrem eigenen Parlament! Eine Katastrophe ist das!)

Die Oberbürgermeisterin steht wie zigtausend Frauen und Männer jeden Tag auf der Straße und wirbt bei Bürgerinnen und Bürgern für Politik, für Ideen, für Umsetzung. Sie bewegen jeden Tag ein kleines Stückchen mehr für die eigene Stadt, für die Region, für dieses Land, für die Republik. Die Kölner Oberbürgermeisterin hat sich angreifen lassen müssen, und ihr Leben stand im wahrsten Sinne des Wortes auf des Messers Schneide.

Wenn Sie glauben, Sie können sich hier hinsetzen und Amts- und Funktionsträger so betiteln, wie Sie das gemacht haben, erfordert das die Entschiedenheit

(Zuruf von der AfD)

aller demokratischen Kräfte in diesem Parlament. Das sage ich in aller Ausdrücklichkeit.

(Beifall von der CDU, der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Sie achten mit Ihrer Politik den Menschen nicht; das kommt in jeder Rede durch, die Sie hier halten. Egal, worum es geht: Sie achten den Menschen und die Würde des Menschen nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Helmut Seifen [AfD] und Iris Dworeck-Danielowski [AfD])

Was Sie hier beantragen ...

(Helmut Seifen [AfD]: Es ist eine Unverschämtheit, was Sie da sagen!)

Was Sie hier beantragen – und das wurde sehr gut herausgearbeitet, meine sehr geehrten Damen und Herren –: Sie wollen die Instrumente, die Demokraten zur Verfügung haben, einsetzen, um sie gegen die Demokratie zu richten, und das machen Sie in einer Tour.

(Beifall von der CDU, der FDP, der SPD und den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Das ist nicht wahr! Sie sagen die Unwahrheit!)

Wir alle hier kennen Ihr Verhalten. In den Ausschüssen finden Sie als Abgeordnete überhaupt nicht statt. Sie äußern sich nicht. Sie arbeiten nicht mit. Sie reden nicht.

(Christian Loose [AfD] und Andreas Keith [AfD]: Das ist eine Lüge!)

Sie kommen aber ins Parlament und beschimpfen die Menschen.

(Unruhe)

Hier beschimpfen Sie die Demokratie in einer Art und Weise. Das wollen Sie jetzt letztlich auch für Räte und Kreistage haben.

(Zurufe von Sven Werner Tritschler [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

Das ist hervorragend ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage bei Frau Dworeck-Danielowski.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr gern.

(Roger Beckamp [AfD]: Herr Beckamp ist an der Stelle! Tut mir leid! Mein Fehler.)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung. – Herr Beckamp.

(Andreas Keith [AfD]: Wir werden hier systematisch ausgegrenzt!)

Roger Beckamp^{*)} (AfD): Frau Ministerin, ist es möglich, dass Sie in Ihrer Rede immer wieder Demokratie mit den etablierten Parteien CDU, SPD, Grüne und FDP verwechseln?

(Ralf Jäger [SPD]: Es ist unglaublich!)

Sie sprechen immer davon, dass wir die Demokratie angreifen. Kann es sein, dass Sie Demokratie immer mit Altparteien gleichsetzen?

(Zurufe von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war eine dumme Zwischenfrage! – Unruhe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ministerin hat jetzt das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Wissen Sie, die Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne stehen sehr erfolgreich für sieben Jahrzehnte Bundesrepublik.

(Zuruf von der AfD)

Diese Parteien haben mit 61 Männern und vier Frauen – die Grünen waren damals nicht dabei – das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Lichte von 60 Millionen Toten aus zwei Weltkriegen geschrieben. Es würde sich für Sie vielleicht wirklich anbieten, alleine die Präambel dieses wunderbaren Grundgesetzes zu lesen.

(Helmut Seifen [AfD]: Wenn Sie sich daran halten würden!)

Artikel 1 zitiere ich immer wieder, weil Sie ihn nicht lesen,

(Zuruf: Doch!)

Sie ihn nicht verstehen; Sie greifen ihn an: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ – Sie ist unantastbar.

(Beifall von der CDU, der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Die Demokraten von CDU, SPD, FDP und Grünen wissen das,

(Zurufe von Rainer Schmeltzer [SPD] und Ralf Jäger [SPD])

und sie verteidigen das Grundgesetz.

(Helmut Seifen [AfD]: Die Grünen?)

Sie vertreten dieses Grundgesetz gegen Leute wie Sie, die es permanent angreifen.

(Beifall von der CDU, der FDP, der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: So ist es!)

Wir tun miteinander gut daran, Art. 28 Grundgesetz – den diejenigen, die sich tagtäglich für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einsetzen, kennen – zu achten und zu respektieren. Daran tut man immer gut; das ist nämlich die kommunale Selbstverwaltung.

Die Stadträte und die Kreistage wissen für sich am besten, was sie umsetzen wollen und was nicht. Wenn sie eine Videoübertragung haben wollen, werden sie eine Videoübertragung beschließen. Das ist Freiheit, und diese Freiheit achten wir hier im Parlament.

Deswegen wird es Sie auch nicht wundern, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sowohl die Inhalte des Antrags nicht mitträgt als auch im Besonderen die Intention hinter diesem Antrag,

(Lachen von der AfD)

nämlich potenziellen Mitgliedern von Räten und Kreistagen, die einer Gesinnung nachhängen, die die Ihre ist, eben nicht das Forum gibt,

(Zuruf von der AfD)

die Waffen gegen die Demokratie zu richten. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU, der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben wahrscheinlich gesehen,

dass eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Wagner von der AfD-Fraktion angemeldet wurde, dessen Mikro ich jetzt freischalte.

Markus Wagner (AfD): Frau Ministerin, nach einer mit Lügen und Halbwahrheiten gespickten Hetzrede

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unverschämt!)

gegen die einzige Partei hier im Hause, die in Opposition zur heiligen Vierfaltigkeit steht,

(Lachen von der SPD – Zurufe von Sven Wolf [SPD] und Sigrid Beer [GRÜNE])

kann ich nur feststellen, dass Sie die Letzte sind, die sich auf die Würde des Menschen berufen kann, wenn Sie hier mit diffamierenden Falschbehauptungen gegen demokratisch gewählte Politiker in diesem Parlament vorgehen.

Des Weiteren haben Sie es vorgezogen, wie üblich gar nicht zum Antrag zu sprechen. Ich stelle daher noch einmal fest: Wenn hier immer wieder gesagt wird, wir wollten die kommunalen Mandatsträger dazu verpflichten, dass sie sich in Livestreams zu zeigen haben, verweise ich auf Abschnitt II Ziffer 2 unseres Antrags, in dem steht:

„Jeder kommunale Mandatsträger in NRW muss die Möglichkeit haben, seine Wortbeiträge im Rahmen der öffentlichen Sitzungen von Kommunalparlamenten mitzuschneiden oder mitschneiden zu lassen und zu veröffentlichen.“

Das ist mal wieder dieses typische,

(Zurufe von der SPD)

absichtliche Missverstehen unserer Anträge.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist wieder das Verdrehen des Wortes im Munde, und das ist Ihre offensichtliche Unfähigkeit, uns inhaltlich zu stellen. Sie sind hier allesamt eine Schande für dieses Parlament.

(Beifall von der AfD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Was war das für eine dämliche Kurzintervention!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, wenn Sie so freundlich sind, sich einzudrücken. – Ihr Mikro ist jetzt frei.

Ina Scharrenbach*, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mitglieder von Räten und Kreistagen sind in ihren Entscheidungen frei. Wenn Mitglieder von Räten und Kreistagen eine Videoübertragung wollen, wird man das dort auch mehrheitlich entscheiden.

Ich denke, wir tun alle gut daran, die kommunale Selbstverwaltung zu achten und zu respektieren.

Ich bin mir auch sicher – und das trifft übrigens für mich ebenso zu –, dass ich die Entscheidung von Wählerinnen und Wähler im Mai 2017, Personen wie Sie in das Parlament zu wählen, respektiere.

Ich akzeptiere Sie aber nicht, und ich werde alles daran setzen, dass solche Leute wie Sie nach der nächsten Wahl hier nicht mehr sitzen.

(Beifall von der CDU, der FDP, der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Bevor ich Herrn Abgeordneten Tritschler das Wort zum zweiten Mal gewähre und er seine Redezeit natürlich hat, will ich deutlich machen, dass in der Rede der Ministerin zu Beginn, aber insbesondere bei der Kurzintervention durch Herrn Fraktionsvorsitzenden Wagner Ausdrücke gefallen sind, die wir prüfen lassen. Das geschieht auch nach Rücksprache mit den beiden Schriftführerinnen.

Bestimmte Formulierungen wären zwar durchaus sofort rügenswert;

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die typisch für die AfD sind!)

wir müssen sie aber, weil sie in beiden Redebeiträgen vorgekommen sind und sie sich zum Teil auf Reden und zum Teil auf Kolleginnen und Kollegen beziehen, schlichtweg prüfen lassen.

Sie dürfen davon ausgehen, dass Sie dazu noch etwas hören werden. – Herr Kollege Tritschler hat jetzt das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Typisches Vorgehen der AfD!)

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In aller Kürze: Uns wird immer vorgeworfen, wir würden selektiv Bericht erstatten

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zu Recht!)

und namentlich nur unsere eigenen Reden veröffentlichen.

Ihnen ist vielleicht nicht bekannt, dass der Ältestenrat dieses Hauses zu Beginn der Legislaturperiode beschlossen hat, dass genau das nur möglich ist: Wir dürfen nur unsere eigenen Reden veröffentlichen.

Glauben Sie mir, gerade vor dem Hintergrund dieser Debatte würde ich sehr gern ab und zu etwas von Ihnen veröffentlichen, aber Sie ermöglichen es einfach nicht.

(Frank Müller [SPD]: Aber zurechtgeschnitten!
Das ist der Unterschied! Zurechtgeschnitten!
Das ist das Problem!)

Die Wahrheit ist doch, meine Damen und Herren, dass Sie die Hosen voll haben, weil wir das Versagen Ihrer Politik in die Öffentlichkeit tragen. Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall von der AfD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind das Problem!)

Es ist ein Problem für Sie, zu sehen, wie viele Leute unsere Videos im Internet sehen. Sie haben ein Problem damit, unsere Reichweite anzuerkennen. Das ist der Punkt.

(Karl Schultheis [SPD]: Maßlose Überschätzung!)

Abschließend möchte ich feststellen: Ich stehe zu jedem Wort, das ich über Henriette Reker gesagt habe.

(Beifall von der AfD – Frank Müller [SPD]: Das ist doch kein Geheimparlament!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war der Abgeordnete Tritschler für die Fraktion der AfD.

Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Das bleibt auch beim Blick in die Runde so.

Damit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns nahelegt, den **Antrag Drucksache 17/7743** an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** – federführend –, an den **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation** sowie an den **Ausschuss für Kultur und Medien** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Ich darf fragen, ob es Stimmen gegen diese Überweisungsempfehlung gibt? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hohen Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf:

4 Opfer im Strafverfahren weiter stärken – psychosoziale Prozessbegleitung vereinfachen

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7761 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Erwin das Wort. Bitte sehr.

Angela Erwin (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Menschen Opfer einer Straftat werden, erst recht einer schweren Straftat, mag das bei vielen ein Gefühl der Hilflosigkeit hinterlassen. Die traumatisierenden Erfahrungen müssen über einen langen Zeitraum des Strafverfahrens wiederholt durchlebt werden.

Selbst der charakterstärkste Mensch sollte all dies nicht allein durchstehen müssen. Sowohl von staatlicher Seite als auch aufgrund privater Initiative gibt es bereits heute viele wichtige Institutionen, Einrichtungen und Beratungsstellen, die Opfern von Straftaten Hilfe zuteilwerden lassen. Sie leisten damit eine herausragende Arbeit für unser Gemeinwesen.

Die Opferhilfe zu stärken, ist ein wichtiges Anliegen unserer Rechtspolitik, in dieser Wahlperiode und auch darüber hinaus. Bereits früh nach der Wahl hat die Landesregierung mit Frau Aucher-Mainz eine unabhängige Opferschutzbeauftragte bestellt, die gut vernetzt ist und niederschwellig erreichbar individuelle Hilfe vermitteln kann.

Erst vor wenigen Monaten haben wir hier im Landtag auf Initiative der NRW-Koalition zudem einen Antrag zur Opferhilfe diskutiert. Die Herausforderung – so haben wir damals festgestellt – liegt häufig nicht in einem Mangel an Angeboten, zum Teil sind die einzelnen Institutionen und ihre Zuständigkeitsbereiche einfach noch nicht bekannt genug.

Darum hatten wir unter anderem ein digitales Angebot sowie eine breite Öffentlichkeitskampagne zur besseren Übersichtlichkeit und Bekanntheit verschiedener Angebote gefordert. Diesen Weg wollen wir mit dem heutigen Antrag weiter beschreiten.

Nachdem wir zunächst für eine bessere Übersichtlichkeit der Gesamtstruktur geworben haben, schauen wir uns nun einzelne Bereiche der Opferhilfe an und machen uns auf die Suche nach Verbesserungspotenzialen, so zum Beispiel bei der psychosozialen Prozessbegleitung.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass von diesem Hilfsangebot seit seiner Einführung durch den Bundesgesetzgeber im Jahr 2017 in eher geringem Maße Gebrauch gemacht wurde. Das liegt aus unserer Sicht nicht an einem mangelnden Bedarf, sondern abermals an einer fehlenden Bekanntheit.

Genau hier setzt unser Antrag an. Mit einer Öffentlichkeitskampagne und Informationsangeboten in verschiedenen Sprachen wollen wir die Bekanntheit der psychosozialen Prozessbegleitung steigern.

Zudem muss dieses Angebot neben und in Abgrenzung zu den herkömmlichen Professionen wie der